

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Zeil, Gudrun Kopp, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/3623 –

Keine Verlängerung des Briefmonopols – Wettbewerb auf dem deutschen und europäischen Postmarkt ermöglichen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Sabine Zimmermann, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4044 –

Vollständige Öffnung der Postmärkte stoppen – Universaldienstverpflichtung absichern

A. Problem

Vollendung des europäischen Binnenmarktes für Postdienste durch die Abschaffung ausschließlicher oder besonderer Rechte im Postsektor bei gleichzeitiger Gewährleistung eines gemeinsamen Niveaus beim Universaldienst für alle Nutzer und die Festlegung harmonisierter Grundsätze für die Regulierung der Postdienste bis 2009. Auslaufen der Exklusivlizenz der Deutsche Post AG für Postsendungen bis 50 Gramm Ende 2007.

B. Lösung

1. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3623 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4044 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/3623 abzulehnen und
2. den Antrag auf Drucksache 16/4044 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Albert Rupprecht (Weiden)
Stellvertretender Vorsitzender

Klaus Barthel
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Klaus Barthel

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/3623** und der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/4044** wurden in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Antrag auf Drucksache 16/3623

Die Fraktion der FDP tritt dafür ein, die Liberalisierung des deutschen und europäischen Postmarktes fortzusetzen. Sie verweist auf den Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 97/67/EG über die Vollendung des Binnenmarktes für Postdienste – KOM(2006) 594 endg., Ratsdok. 14357/06 –, der bis 2009 die vollständige Liberalisierung des europäischen Marktes für Postdienstleistungen bei Gewährleistung eines gemeinsamen Niveaus für die Universaldienstleistungen vorsieht. Um politischen Initiativen für eine Verlängerung des deutschen Briefmonopols entgegenzutreten, beantragt sie, die Bundesregierung aufzufordern, die Exklusivlizenz der Deutsche Post AG nicht über den 31. Dezember 2007 hinaus zu verlängern und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die vollständige Öffnung der europäischen Postmärkte ab 2009 verbindlich zu regeln.

2. Antrag auf Drucksache 16/4044

Die Fraktion DIE LINKE. sieht in der vollständigen Öffnung der Postmärkte und der Abschaffung des Briefmonopols für Postsendungen bis maximal 50 Gramm eine Gefährdung der Finanzierung der flächendeckenden Grundversorgung. Sie tritt für eine Verlängerung der bis Ende dieses Jahres befristeten Exklusivlizenz der Deutsche Post AG und für eine Absicherung des Briefmonopols und der Garantie der Universaldienstleistungen auf europäischer Ebene ein. Weiterhin verlangt sie die Festschreibung der qualitativ hochwertigen Beschäftigungsbedingungen im Postsektor, einen Mindestlohn von mindestens 8 Euro brutto und eine verstärkte Kontrolle der Arbeitsbedingungen durch die Bundesnetzagentur. Die Gewinne der Deutsche Post AG aus dem reservierten Bereich müssten transparenter ausgewiesen und ausschließlich für den Ausbau der Universaldienste eingesetzt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Antrag auf Drucksache 16/3623

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 47. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE

LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 28. Sitzung am 28. Februar 2007 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

2. Antrag auf Drucksache 16/4044

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 47. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 28. Sitzung am 28. Februar 2007 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge auf Drucksachen 16/3623 und 16/4044 in seiner 29. Sitzung am 28. Februar 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass Postkunden und Unternehmen von der Öffnung der Briefmärkte profitieren werden. Sie sehe keine erheblichen Wettbewerbsnachteile für die Deutsche Post AG nach dem Auslaufen der Exklusivlizenz Ende 2007. Von der Liberalisierung seien positive beschäftigungspolitische Impulse zu erwarten. Seit 1999 hätten die neuen Postdienstleister über 42 000 Stellen neu geschaffen, während die Deutsche Post AG rund 33 500 Stellen abgebaut habe, obwohl sie von den Vorteilen der Exklusivlizenz profitiert habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** war der Auffassung, dass die weitere Öffnung der Postmärkte den Abbau von Arbeitsplätzen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sowie eine Ausdünnung der bisher geleisteten Universaldienste mit sich bringen werde. Sie trat daher für ein Bündel von Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsbedingungen

und der Grundversorgung mit Postdiensten auf deutscher und europäischer Ebene ein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** brachte zum Ausdruck, dass sie für eine Öffnung der Postmärkte eintrete, dem Antrag der Fraktion der FDP aber nicht zustimmen könne, da in diesem auch die grundsätzliche Ablehnung von Mindestlöhnen als eine denkbare Maßnahme zur Sicherstellung angemessener Arbeitsbedingungen zum Ausdruck komme.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** stellten fest, dass nach mehr als 15-jähriger politischer Diskussion im Einklang mit den Lissaboner Reformzielen die Schaffung des europäischen Binnenmarktes für Postdienste in erreichbare Nähe gerückt sei. Die Europäische Kommission habe am 18. Oktober 2006 einen Richtlinienvorschlag beschlossen, der die vollständige Liberalisierung aller europäischen Postmärkte zum 1. Januar 2009 vorsehe. Die Bundesregierung sei aufgefordert, sich mit Unterstützung des Deutschen Bundestages mit allem Nachdruck für eine möglichst vollständige Liberalisierung ab dem Jahr 2009 einzusetzen. Die Liberalisierung werde dabei durch geeignete Regelungen

zur Sicherstellung der Universaldienste für alle Bürgerinnen und Bürger und zur Wahrung des Qualitätsstandards der Dienstleistungen und der Arbeitsbedingungen flankiert. Die Grundsatzentscheidung für das Auslaufen der Exklusivlizenz der Deutsche Post AG sei bereits in der Postreform II getroffen worden.

1. Antrag auf Drucksache 16/3623

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3623 zu empfehlen.

2. Antrag auf Drucksache 16/4044

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4044 zu empfehlen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Klaus Barthel
Berichtersteller